

Kein Mensch ist illegal – und das Gesetz ist für den Menschen da

Mit Empörung haben wir, die Projektgruppe PRO FLÜ von der franziskanischen Bewegung Vivere durch die Presse erfahren, dass Schwester Juliana Seelmann (von den Franziskanerinnen von Overzell) für ihr mutiges Engagement für Kirchenasyl von einem Gericht in Würzburg schuldig gesprochen und zu einer Strafe von 500.- EU verurteilt worden sind.

Wir solidarisieren uns mit ihrem Handeln und mit der Praxis des Kirchenasyls und schätzen ihr Engagement und ihren Mut sehr. Manchmal muss man als ChristIn, wie es in der Apostelgeschichte heißt „Gott mehr gehorchen als den Menschen, manchmal muss man Gottes Gebote zum Schutz des Lebens höher einstufen als menschliche Gesetze, manchmal muss man seinem Gewissen mehr folgen als staatlichen Gesetzen.

Wir sind empört, dass die bayrische Politik und Justiz die bislang gültigen Absprachen von Staat und Kirche zur Praxis des Kirchenasyls immer mehr aushöhlt und missachtet, dass sie rigoros auf die Durchsetzung von Rechtsverordnungen und richterlichen Urteilen pocht, ohne das Individuum und seine Lebens- und Lebenssituation zu beachten und ohne die Menschen, die Kirchenasyl gewähren, in ihrer Gewissensentscheidung und ihrer gewissenhaften Arbeit ernst zu nehmen, geschweige denn zu würdigen.

Wir sind empört, dass auf diese Weise Täter/innen der Liebe und Menschlichkeit zu Straftätern gemacht werden und dass Menschen, die sich den Opfern einer unmenschlichen und lebensfeindlichen Welt fürsorglich zuwenden, zu Opfern von einer Justiz werden, der er eher um die Durchsetzung von Recht als um die Verwirklichung von Gerechtigkeit und vor allem von Barmherzigkeit geht.

Wir sind empört, dass eine Regierung wie die bayrische CSU, die noch immer den Anspruch hat, sich in ihren Haltungen und Handlungen an der biblisch-christlicher Ethik und an der kirchlicher Soziallehre zu orientieren, genau das Gegenteil macht und den christlich-ethischen Maßstab der unbedingten grenzenlosen und entgrenzenden Nächstenliebe einem formalistischen Rechtsstaatsdenken und Buchstabengehorsam opfert.

Wir sind empört, dass mit solchen Maßnahmen eine Politik gemacht wird, die andere Menschen und Organisationen von zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Solidarität mit Flüchtlingen abschrecken soll und die glaubt, dass mit law and order das „Problem“ der Flüchtenden von Deutschland ferngehalten werden kann.

Wir rufen alle Menschen guten Willens, die sich für die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz des Individuums und für eine humane, am Wohl des Einzelnen orientierte Politik in Deutschland einsetzen, dazu auf, sich mit all denen zu solidarisieren, die sich für Flüchtende und ihr Bleiberecht in Deutschland engagieren, die auf die Einhaltung der nationalen wie internationalen Rechte und Erklärungen zum Schutz von Flüchtenden und Asylsuchenden pochen und vor allem die, die aus tiefster Gewissensentscheidung sich für das Kirchenasyl entscheiden als berechtigten Weg der Solidarität mit Notleidenden.

Wir rufen außerdem alle VertreterInnen der Kirchen (Kirchenleitungen, Kirchengemeinden, Orden, Einrichtungen und Institutionen) auf, sich mit all denen zu solidarisieren, die sich für Kirchenasyl einsetzen und es praktizieren und sich ebenso gegen jede Form der Aushöhlung des Kirchenasyls zur Wehr zu setzen.

Wir plädieren als ChristInnen dafür, dass das oberste Prinzip bei der Sorge um die Flüchtenden das Wohlergehen des Einzelnen ist. An diesem Maßstab muss sich – ganz im Sinne der Ethik Jesu - auch jede rechtliche Ordnung messen: „Der Mensch ist nicht für das Gesetz da, sondern das Gesetz für den Menschen.“ und als humanistisch denkende Menschen sagen wir „Kein Mensch ist illegal!“

Und wir fordern als ChristInnen wie als humanistisch gesinnte Menschen, dass die Beschäftigung mit der Flüchtlingsproblematik da beginnt, wo ihre Ursachen liegen, nämlich in den Heimatländern der Flüchtenden und deren lokal wie global verursachten lebensunwürdigen Verhältnissen (Krieg, Umweltzerstörung, fehlende Lebensperspektiven, Verfolgung aus ... Gründen, ...). Dieser politischen und wirtschaftlichen Verantwortung kann und darf sich der deutsche Staat nicht entziehen. Flüchtlingspolitik darf auf keinen Fall auf dem Rücken der Notleidenden und Flüchtenden und ihrer Helferinnen hier in Deutschland ausgetragen werden.

Pro Flü

eine Projektgruppe in der franziskanischen Bewegung Vivere (c/o Joachim Schick)